

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX1/100

Bonn, den 26. Mai 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Nicht genügend vorbereitet

97

Das Dilemma der deutschen Außenpolitik

Von Günter Markscheffel

3 - 5

Deutsch-Französisches Verhältnis auf dem Gefrierpunkt ?

114

Bericht von einem deutsch-französischen Parlamentariertreffen

Von Hannsheinze-Bauer, Würzburg, MdB

Stellvertretender Vorsitzender

der Deutsch-Französischer Freundschaftsgruppe im Bundestag

5

Großes vollbracht

26

Zum 65. Geburtstag von Georg-August Zinn

6

Statt Ersatzdienst Gefängnisstrafe ?

49

Befremdliche Gedankenführung des Bundesjustizministers

Nicht genügend vorbereitet

Das Dilemma der deutschen Außenpolitik

Von Günter Markscheffel

Die Erklärung des Bundeskanzlers zum Ergebnis seines Besuches in London und zur Haltung der Bundesregierung gegenüber den französischen Vorstellungen von der weiteren Entwicklung des westlichen Verteidigungsbündnisses ließ das Bestreben Erhards erkennen, die Meinungsverschiedenheiten über die deutsche Außenpolitik innerhalb der Koalitionsparteien zu überdecken. Wenn die CDU/CSU-Prominenz ihren seit langer Zeit auf Außenminister Schröder vorbereiteten Angriff zunächst zurückgestellt hat, dann ist dieser Zwischenakt im parteiinternen Kampf um die "richtige" Außenpolitik weniger das Ergebnis höherer Einsichten als Verlegenheit. Denn selbst die Kritiker Schröders wissen nicht genau, welche Politik sie an die Stelle der Politik des Außenministers bzw. des Bundeskanzlers setzen könnten.

Im Kern ist die parteiinterne CDU/CSU-Auseinandersetzung über die deutsche Außenpolitik jedoch der Ausdruck mangelnder Vorbereitung auf jene Veränderungen in der Weltpolitik, die sich schon zu Lebzeiten Kennedys abzeichneten. Die Bundesregierung begnügt sich seit langer Zeit damit, die Tagesereignisse der Weltpolitik zu registrieren - meist noch nicht einmal richtig - anstatt zu versuchen, auf die überall sichtbar gewordenen Veränderungen aktiv einzuwirken.

\* \* \*

Nehmen wir das Verhältnis zwischen den USA und der Bundesrepublik. Das Engagement der Vereinigten Staaten in Südostasien und in Lateinamerika zwingt unseren stärksten Bündnispartner zu einer Reihe von militärischen, politischen und finanziellen Dispositionen, die den Rahmen der vor mehr als zehn Jahren konzipierten amerikanischen Europapolitik sprengen. Es war vorauszu sehen, daß die USA auch von der Bundesrepublik gewisse Hilfestellungen verlangen würden. Anstatt entsprechende Vorbereitungen hierfür zu treffen, hat sich die Bundesregierung darauf beschränkt, in bestimmten Situationen so zu tun, als habe sich nichts geändert.

\* \* \*

Als von Adenauer der deutsch-französische Freundschaftsvertrag unterzeichnet wurde, war es schon kein Geheimnis mehr, daß de Gaulle früher oder später von Bonn verlangen würde, sich seinen Vorstellungen von einer künftigen Europapolitik anzuschließen. Es gab damals sogar Stimmen, die behaupteten, de Gaulle habe nur aus diesem Grunde den Vertrag mit Bonn angestrebt. Aber anstatt nun systematisch und vorausschauend die de Gaulle'sche Politik in das Konzept einer möglichen deutschen Außenpolitik einzubauen, hat man sich stets nur mit der nichtssagenden Erklärung begnügt, zwischen Bonn und Paris sei "alles in bester Ordnung". Jetzt, da de Gaulle seine Ankündigungen des Rückzugs aus der NATO wahr machen will, tut man so, als könnten durch einen persönlichen Briefwechsel zwischen dem Bundeskanzler und dem französischen Staatspräsidenten die Schwierigkeiten beseitigt werden.

Bonn - London? Der Bundeskanzler hat versichert, bei seinen Gesprächen mit Premierminister Wilson habe in der Beurteilung der NATO-Situation "völlige Übereinstimmung" geherrscht. Das mag richtig sein. Aber erst wenn die Ergebnisse der Verhandlungen über den Devisenausgleich für

die Stationierungskosten der britischen Truppen bekannt werden, wird man mit Sicherheit sagen können, wie weit die Übereinstimmung tatsächlich geht.

\* \* \*

Man hat sich in der Bundesrepublik daran gewöhnt, die UNO-Abrüstungsverhandlungen in Genf mehr oder weniger als einen Vorgang von untergeordneter Bedeutung zu betrachten. Erst in diesen Tagen wurde man im Bonner Auswärtigen Amt munter, als der amerikanische Abrüstungsdelegierte erklärte, nach Auffassung der Sowjets und anderer Teilnehmer an den Abrüstungsverhandlungen sei das entscheidende Hindernis für das Zustandekommen eines Atomstoppabkommens nicht der Krieg in Vietnam, sondern die immer noch offene Frage, ob die Bundesregierung einen irgendwie gearteten Zugang zu Atomwaffen erhalten soll. Gewiß hat der amerikanische Delegierte mit dieser Bemerkung nicht seiner eigenen Auffassung Ausdruck geben wollen; die Tatsache jedoch, daß er die Meinungen anderer Teilnehmer an den Abrüstungsverhandlungen so prononciert darlegte, spricht Bände.

Auch auf diese Entwicklung war die Bundesregierung nicht vorbereitet. Sie hat den amerikanischen Wink mit dem Zaunpfahl nicht verstanden oder will ihn nicht verstehen.

\* \* \*

Was das Verhältnis Bonn zu den osteuropäischen Staaten und zur Sowjetunion betrifft, so zeichnet sich auch auf diesem Sektor der internationalen Politik die Haltung der Bundesregierung durch mangelnde Vorbereitung auf ein eigenes Konzept aus, das den auch im Osten sichtbar gewordenen Veränderungen Rechnung tragen könnte. Wenn man feststellen muß, mit welcher dilettantischer Hilflosigkeit das offizielle Bonn bisher auf die Besuche des französischen Außenministers in mehreren Ostblockstaaten und auf die bevorstehende Reise de Gaulles nach Moskau reagiert hat, kann man ungefähr ermessen, warum die CDU/CSU-Fronte gegen Schröder zunächst die bereits vorbereiteten Angriffe auf den Außenminister gestoppt hat. Nicht etwa, weil man den Außenminister schonen möchte, sondern weil im Regierungslager selbst keine Konzeption für eine wirkungsvolle deutsche Ostpolitik entwickelt werden konnte.

\* \* \*

Schuld an diesen Zuständen ist in erster Linie der stets schwankende Bundeskanzler selbst, dann aber auch die gesamte Regierung und die sie tragenden Parteien. Es hat in den vergangenen Jahren nicht an Aufforderungen zu einer gewissenhaften Bestandsaufnahme der noch vorhandenen Möglichkeiten einer wirkungsvollen deutschen Außenpolitik gefehlt. Sollen wir hier die einzelnen Etappen kennzeichnen, an denen man gelegentlich die Luft anhielt und so tat, als wolle man nun endlich gemeinsam ans Werk gehen, reinen Tisch machen und eine von einer starken Mehrheit des Parlaments getragene Politik vorbereiten?

Das wäre müßig, denn die permanenten Versager würden wie üblich mit großem Getöse darauf hinweisen, daß sie ja doch selbst ihr Möglichstes getan hätten, um das jetzt sichtbar gewordene Dilemma zu vermeiden. Solange sich die Bundesregierung nicht dazu aufrafft, an die Stelle belangloser Erklärungen eine konstruktive Politik zu setzen, muß sie sich den Vorwurf gefallen lassen, ein schlechter Verwalter der deutschen Interessen zu sein.

\* \* \*

Deutsch-Französisches Verhältnis auf dem Gefrierpunkt ?

Bericht von einem deutsch-französischen Parlamentariertreffen

Von Hansheinz Bauer, Würzburg, MdB

Stellvertretender Vorsitzender

der Deutsch-Französischen Freundschaftsgruppe im Bundestag

Gemessen an der eben überwundenen EWG-Krise, dem aktuellen Notenwechsel zwischen der französischen und deutschen Regierung zur Truppenstationierung sowie den auch für die Zukunft durchaus nicht auszuschließenden Überraschungen seitens unseres westlichen Nachbarn jenseits des Rhons drängt sich die Frage auf, ob nicht die mit dem deutsch-französischen Vertrag so erfreulich und hoffnungsvoll begonnene Zusammenarbeit auf dem Gefrierpunkt angelangt sei.

Um ein im Schlußkommuniqué festgehaltenes Ergebnis des 6. Parlamentariertreffens, auf dem Mont St. Michel vorweg zu nehmen: die deutsch-französische Aussöhnung ist eine nicht wegzulugnende Tatsache geworden und kann auch durch augenblickliche Schwierigkeiten nicht in Frage gestellt werden. Dies wird insbesondere dadurch augenscheinlich, daß die "Frankreich-Freudigkeit" in der deutschen Bevölkerung auf der mittleren und unteren Ebene noch nie so groß war wie zur Stunde - sehr deutlich sichtbar in den sich ständig mehrenden Gemeindeparterschaften ebenso wie in den zahlreichen Anliegen nach Kultur- und Jugendaustausch sowie sportlichen Begegnungen. Dem gegenüber scheint allerdings widersinnig, daß sich die Freundschaft "ganz oben" - gesehen von der ursprünglichen Konzeption der beiden "alten Herren" de Gaulle und Adenauer - erheblich auseinanderentwickelt hat. Dabei stellt sich von selbst die Frage, ob die im Vertrag vereinbarten Konsultationen entsprechend funktioniert haben. Wären die spektakulären Überraschungseffekte von französischer Seite vermeidbar gewesen - oder: hat die deutsche Bundesregierung sie entweder nicht verhindern können oder nicht den Mut gehabt, nach Kenntnis der Sachlage der deutschen Öffentlichkeit vorher reinen Wein einzuschenken? Jedenfalls wurde in der Konferenz der Wunsch vorgebracht, diese Konsultationen für die Zukunft häufiger, intensiver und wirksamer zu machen.

Eine nicht auszuklammernde Beschwerde im Verhältnis der beiden Länder bildet naturgemäß die Anlehnung an USA und NATO. Die Anmerkung eines deutschen Teilnehmers, die enge Verbindung mit den USA bedeute für die deutsche Öffentlichkeit mehr ein auf den Hintergrund größtmöglicher Sicherheit abgestelltes Zweckverhältnis im Sinne einer Vernunfttatsache, während die Deutschen mit dem Herzen aufgrund der europäischen Kulturverflechtung mehr dem französischen Nachbarn zuneigten, konnte der ehemalige französische Minister Terrenoire mit der Antwort, dieses Verhältnis gründe wohl auf einer Zuneigung, die mit Vernunft kaum zu begründen sei. Gleichwohl konnte auch auf diesem heiklen Gebiet immerhin im Schlußergebnis festgehalten werden, daß die drei deutschen Bundestagsparteien nicht nur einhellig den Verbleib französischer Kontingente in der Bundesrepublik wünschten, sondern daß der Aufenthalt dieser Truppenteile im Geist der Treue zur Atlantischen Alliance gemeinschaftlich geregelt werden sollte. Allerdings wurde von deutscher Seite auch klargestellt, daß die Anwesenheit dieser Truppen nicht auf die Rechtsgrundlage des Besatzungsstatute gestellt werde und daß sie nicht nur symbolischen Charakter haben dürfe, sondern Verteidigungsauftrag und Kommandogewalt für den Ernstfall vertraglich festgelegt werden müßten.

Einen Kernpunkt der Diskussion schuf Herr Terrenoire mit dem bemerkenswerten Punkt "Immobilismus in der deutschen Politik". Auch hier zeigt die vorsichtige Formulierung der Schlußverlautbarung: "daß sich neue Perspektiven in Richtung einer Erkundung von Möglichkeiten der Entspannung und Annäherung zwischen Ost und West eröffnet hätten", daß die Gesprächspartner sich auf diesem schwierigsten Sektor der deutschen Auffassungen in der Beurteilung zumindest nähergekommen sind. Ein deutscher Teilnehmer wies darauf hin, daß den französischen Staatspräsidenten für seine Reise nach Moskau alle guten Wünsche begleiten sollten und es keine deutsche Regierung unternehmen könne, Entspannungsbestrebungen im Osten bremsen zu wollen. Gleichzeitig klang aber auch die Befürchtung an, der deutsche Standpunkt könne im Kreml mehr aus französischer Sicht - vor allem in der Wiedervereinigungs- und Grenzfrage - vorgetragen werden wie nach deutscher Konzeption. Zum Problem der Unbeweglichkeit wurde der französische Gesprächspartner auch darüber unterrichtet, daß sich eine in 18jähriger Beeinflussung der öffentlichen Meinung über die Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen unter fühlbarer staatlicher Einflußnahme nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen lasse. Letzten Endes seien die schmerzlichsten Wunden dem Nachkriegsdeutschland im Osten geschlagen worden und das Millionenheer der Heimatvertriebenen bilde einen nicht zu übersehenden politischen Faktor. Es gehöre viel Geduld und Zähigkeit dazu, um ein Umdenken nach den neueren Gegebenheiten und der heutigen Weltkonstellation sowie der gewandelten Situation im Ostblockgefüge zu bewirken. Frankreich ist nun einmal infolge der starken Autorität seiner derzeitigen staatlichen Führung gegenüber der öffentlichen Meinung in einer günstigeren Ausgangsposition als deutsche Parteien, die nach fast 20jähriger Propagandaberieselung in der Richtung der Osten stets zum Angriff, zumindest aber durch innerpolitische Unterwühlung ständig bereit, die Ära des kalten Krieges nicht so schlagartig aus der deutschen Mentalität verbannen, sondern allenfalls in einem länger dauernden Prozeß zum Umdenken führen könnten.

Es hat den Anschein, als ob der Beginn einer Lockerung erstarrter Fronten der Nachkriegsepoche unter französischer Initiative auch östlich des Rheins nicht nur Wirkungen zeitigt, sondern sogar auf Sympathien stößt. Wenn eine gewisse Desintegration der Militärblöcke mit dem Ergebnis der Ausgewogenheit nach beiden Seiten angegangen und erreicht werden könnte, hätte ein deutsch-französisches Zusammenspiel auf diesem Feld einen nützlichen Beitrag zu einer Befriedung in Europa geleistet. In diesem Zusammenhang konnten die Vorgänge im Warschauer Block und die Rolle der Rumänen als "Franzosen des Ostens" nicht unerwähnt bleiben.

Wenig angenehm klingt den französischen Ohren der Hinweis darauf, daß das Zusammenwachsen eines vereinigten Europa zu einer politischen Union unter Delegation von Machtbefugnissen von nationalen an übergeordnete Instanzen in der Richtung vorangetrieben werden müsse, daß dieses Europa im atlantischen Rahmen sein Gewicht "mit einer Zunge" in die Waagschale werfen könnte; noch weniger gern hört man, daß die Förderung nationaler Egoismen nur zu einer Zurückentwicklung führen und nationalstaatliches Denken in überlebter Form nach sich ziehen, vielleicht sogar zu unerwünschten bilateralen Blockbildungen verleiten könne, wobei sogar die Bundesrepublik noch mehr an die Seite der USA gedrängt werden müsse.

Unbeschadet begrenzter Meinungsverschiedenheiten in gewissen politischen Grundsatzfragen kann - alles in allem - das deutsch-französische Verhältnis positiv bewertet werden. Vor allem ist im

Kern in der Bevölkerung beider Länder der Wille zur endgültigen Aussöhnung und engen Anlehnung ebenso ungebrochen wie er auf parlamentarischer Ebene dieser Tage unüberhörbar deutlich geworden ist. Eine optimistische Prognose für die Zukunft gründet auf der Tatsache, daß sich nach Überwindung der Brüsseler Krise das wirtschaftliche Zusammenwachsen nicht mehr aufhalten läßt, daß die politische Einigung dem wirtschaftlichen Prozeß folgen wird und daß auf diesem Weg ständige und enge Kooperation zwischen beiden Staaten rechts und links des Rheins ganz von selbst sich ergeben muß.

+ + +

### Großes vollbracht

-----

Zum 65. Geburtstag von Georg-August Zinn

sp - Als lebendes Beispiel der realistischen und in die Zukunft weisenden Politik des demokratischen Sozialismus kann am 27. Mai 1966 der weit über Deutschlands Grenzen hinaus hochverehrte Ministerpräsident der Bundeslandes Hessen seinen 65. Geburtstag feiern. Der aus Kassel stammende Jurist hat zeit seines Lebens gezeigt, wie durch Umsicht und Tatkraft Großes vollbracht werden kann. Inbeugung gegenüber dem Nationalsozialismus hat Georg-August Zinn ein schweres Schicksal meistern müssen. Aber ungebrochen durch zahllose Verfolgungen übernahm er nach dem Zusammenbruch 1945 sofort wichtige politische Aufgaben. Er gehört zu den Schöpfern des Grundgesetzes und gilt heute als der Mann, der ein industriell zurückgebliebenes und vom Krieg schwer angeschlagenes Land dank einer konstruktiven Politik zum Musterbeispiel eines modernen Staates machte. Wenn heute in der ganzen Welt von "Hessenplänen" die Rede ist, wenn dargestellt wird, wie es möglich ist, das soziale Gefälle zwischen Stadt und Land auszugleichen, wenn auf das "Wunder" der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eingliederung von vielen hunderttausend Heimatvertriebenen verwiesen wird, dann fällt immer wieder der Name Georg-August Zinn. Der mitunter sarkastisch wirkende Ministerpräsident des Landes Hessen verbindet in seinem Wesen tiefes menschliches Empfinden mit klaren politischen Zielvorstellungen, theoretischem und praktischem Wissen. Wir sind überzeugt, daß dem heute 65-jährigen die Bevölkerung des Landes Hessen herzliche Glückwünsche entgegenbringen wird. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ehrt in Georg-August Zinn einen ihrer besten Männer.

+ + +

### Statt Ersatzdienst Gefängnisstrafen ?

---

#### Befremdliche Gedankenführung des Bundesjustizministers

en - In der Bundesrepublik kann jeder junge Mann den Wehrdienst verweigern. Entsprechend den Bestimmungen des Grundgesetzes soll er dann im Ersatzdienst verwendet werden. Normalerweise entspricht die humanitäre Tätigkeit des 18monatigen Ersatzdienstes etwa in Krankenhäusern auch durchaus den Vorstellungen der Wehrdienstverweigerer. Nun sind es aber seit Jahr und Tag junge Zeugen Jehovas, die auch prinzipiell den Ersatzdienst ablehnen. Sie geben in der Regel an, sie können diesen Dienst mit ihrem Gewissen und mit ihrem Prediger-Auftrag nicht vereinbaren. Diese jungen Männer ziehen oft den Aufenthalt im Gefängnis dem Ersatzdienst im Krankenhaus vor.

Man kann über diese Grundsätze der Zeugen Jehovas unterschiedlicher Meinung sein. Ein grundsätzliches Verfahren aber, das jetzt beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe durchgezogen worden ist, verdient die Kritik. Ein Schöffengericht in Flensburg und ein weiteres Gericht in Bremen hatten es abgelehnt. Wehrdienstverweigerer im Wiederholungsfall zum zweiten Mal zu verurteilen. Mit dem Hinweis auf das Grundgesetz und die Konvention der Menschenrechte wurde Karlsruhe nahegelegt, sich grundsätzlich über die Behandlung von Wiederholungstätern zu äußern. Das war offenbar mit der Tendenz geschehen, Karlsruhe möge in der Richtung entscheiden, daß die einmalige Bestrafung von Ersatzdienstverweigerern genügt. - Sie werden ja auch in der Regel zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Nach dem Stand der Dinge kann der Wehrdienstverweigerer im Wiederholungsfall heute theoretisch bis zum Schluß seiner Dienstpflicht (mit 45 Jahren) etwa 15 Jahre im Gefängnis zubringen. Soweit wollte man offenbar in Karlsruhe nicht ganz gehen. Man fragte beim Bundesjustizministerium an. Die Auskunft lautete, die wiederholte Bestrafung wegen Ersatzdienstverweigerung sei kein Verstoß gegen das im Grundgesetz verankerte Verbot der Doppelbestrafung. - Obgleich es bei jeder Handlung immer wieder um die Ersatzdienstverweigerung geht, meinte das Bundesjustizministerium, nach jeder Verweigerung sei ein neuer Sachverhalt gegeben und eine erneute Bestrafung möglich. Diese Gedankenführung des Ministeriums muß befremden.

Noch befremdlicher ist, daß man offenbar jetzt dahin tendiert, die ganze Angelegenheit auf die formale Verwaltungsebene abzuschieben. Das Bundesarbeitsministerium hat dem Bundesverfassungsgericht mitgeteilt, man werde eben den ständigen Wehrdienstverweigerer so oft zum Ersatzdienst einberufen, bis die Gesamtdauer der Gefängnisstrafen, zu denen er verurteilt worden ist, mit etwa 18 Monaten die Dauer des Ersatzdienstes ausmacht. Wenn also der Ersatzdienstverweigerer im Wiederholungsfall seine 18 Monate aufgrund mehrerer Urteile abgesessen hat, sollen keine Einberufungen mehr herausgeschickt werden. Solche Überlegungen sind doch wohl grundsätzlich abzulehnen.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich diesen Argumenten weitgehend angeschlossen und hinzugefügt, ein Verstoß gegen das Grundgesetz liege erst vor, wenn die mehrmaligen Freiheitsstrafen die Gesamtdauer des 18monatigen Ersatzdienstes um ein Vielfaches übersteigen. Soll es denn nun in der Bundesrepublik künftig so sein, daß junge Zeugen Jehovas, die den Ersatzdienst ablehnen, stattdessen 18 Monate ins Gefängnis gesteckt werden?